keit hing sie nur noch an einem seidenen Faden. Die Arbeiter bewaffneten sich. Der N.R.C. vom 19. Juli berichtet über die Lage in Madrid:

"Die sozialdemokratischen und kommunistischen Milizen sind alarmiert und patrouillieren durch die Strassen, teilweise mit Gewehren. Die Marxisten verlangen die Freilassung der sich noch in den Gefängnissen befindenden Anarcho-Syndikalisten, damit auch diese bei einem evtl. Aufstand am Kampfe teilnehmen können".

In Barcelona wurde die Kaserne San Andres von den Massen erstürmt und die vorhandenen Waffen verteilt. Die Gefangenen vom Carcel-Modelo wurden befreit (Informationsdienst der C.N.T. und F.A.I.). Und so ging es überall.

In Malaga, in Barcelona und anderen Orten wurden Kirchen niedergebrannt. Im N.R.C. vom 24. Juli lesen wir: "In den ausländischen Zeitungen wird gemeldet, dass in Barcelona Banken geplündert sein sollten. Das war nicht wahr vor meiner Abreise und das wird heute (22. Juli) auch noch nicht wahr sein. In ein paar Geschäften ist die Menge eingedrungen, aber im Allgemeinen waren die Geschäfte geöffnet, selbst dort wo Aufläufe stattfanden und Lebensmittel werden in der gewohnten Weise verkauft. Obwohl für das Plündern von Kirchen die Gelegenheit sehr günstig gewesen sein muss, sind nur Einzelfälle davon bekannt. Die Volksmasse wollte nur die Kirchen zerstören und obendrein werden die Priester und Nonnen die wichtigsten Gegenstände mitgenommen oder verborgen haben, bevor sie selbst einen Unterschlupf suchten. Ausserhalb Barcelona leben die bewaffneten Roten von dem, was ihnen die Bevölkerung gibt. Die roten Offiziere die unsere Karawane gestern begleiteten, weigerten auch nur einen Pfennig anzunehmen nachdem sie uns gut und wohl über die Grenze gebracht hatten. "Das Volk wird uns wohl geben was wir nötig haben", erklärten sie..."

Nach diesem Zitat beurteile man die Berichte der meisten bürgerlichen Zeitungen, die, wie z.B. der "Telegraaf", die Zustände in Malaga so vorstellt, als ob da Raub, Mord und Brandstiftung alltägliche Erscheinungen seien. In diesem Falle erklären obendrein, wie der N.R.C. mitteilt, glaubwürdige Flüchtlinge aus Malaga, solche Schauernachrichten für unwahr. Man kann sich übrigens auch eine Vortellung von der Art der Berichte in solchen Zeitungen machen, wenn man weiss wie die Berichte des United-Press Korrespondenten Pakard gemacht werden. Im Morgenblatt der Zeitungen erscheint prompt sein Bericht mit dem Datum des vorigen Tages, obwohl diese Berichte hunderte Kilometer durch ein Gebiet, das in Händen von Arbeitern ist, befördert werden müssen, während die Berichte des N.R.C. aus dem dicht bei der französischen Grenze gelegenen Barcelona mit mehreren Tagen Verzögerung ankommen. Es ist anzunehmen, dass ein grosser Teil dieser "Berichte" in London oder Lissabon aus den Radioberichten des aufständigen Generals Mola "gemacht" sind.

Die Regierung Azana befand sich vom ersten Augenblick an zwischen zwei Feuern. Auf der einen Seite musste sie sich zur Wehr setzen gegen den faschistischen Überfall. Sie selbst war dazu nicht imstande, weil von Polizei und Guardia-Civil nur ein Teil zur Regierung stand. Die Folge davon war, dass sie auch von der anderen Seite in die Enge getrieben wurde. Die Arbeiter hatten die Initiative der Regierung nicht abgewartet und selbst den Kampf gegen die Aufständigen aufgenommen. Durch ihr Auftreten wurde der Versuch der militärischen Überraschung in Malaga, Madrid, Barcelona, u.s.w. unterdrückt. Nur das Auftreten der

Arbeitermassen verhinderte, dass die Volksfrontregierung völlig hinweggefegt wurde. Von diesem Augenblick an musste man von Regierungsseite versuchen, sich in dieser neuen Situation zurecht zu finden und, so gut es ging, der Lage Herr zu bleiben.

Die erste, unter dem Druck der Arbeiter genommene Massnahme war eine andere Zusammensetzung der Regierung. Am Sonntag 19. Juli folgten 3 neue Regierungen aufeinander. Die dritte Regierung erliess ein Dekret, dass die Arbeiter bewaffnet werden sollten. Weiter verkündete sie durch Radio Sender eine Proklamation, wonach die Soldaten derjenigen Garnisonen, die sich den Aufständigen angeschlossen hatten, für unbestimmte Zeit beurlaubt werden, und dass sie ihren Offizieren keinen Gehorsam mehr schuldig seien. In dieser Proklamation ist jede Schärfe gegen die aufständigen Offiziere vermieden. Selbst am 29. Juli, 10 Tage später also, erliess die Regierung noch ein Dekret, wonach "verschiedene Personen, u.a. Vize-Admirale, mit Verlust von Rang und Besoldung ausser Dienst gestellt werden" (N.R.C.). Durch solche Dekrete und Proklamationen wird der Eindruck erweckt, als ob die Soldaten ruhig die Kaserne verlassen können und nach Hause gehen. Die revolutionäre Wirklichkeit ist natürlich ganz anders; Die Soldaten gehorchen entweder ihren Offizieren und stehen dann an der Seite der Aufständigen, oder sie machen ihre Offiziere unschädlich und schliessen sich bei der Arbeitermiliz an. Eine andere Möglichkeit besteht nicht. Übrigens haben die Soldaten in vielen Fällen aus eigenem Antrieb diesen Weg eingeschlagen. Über die Einnahme von La Linea durch die Aufständigen meldet N.R.C. am 31. Juli:

"Die Flüchtlinge erklären, dass die spanischen Truppen in La Linea ihre Gewehre und Munition an die Einwohner abgaben, aber einen Teil davon in den Kasernen versteckten, bevor die Abteilungen der spanischen Fremdenlegion an Land kamen. Als diese Truppen in die Kasernen einrückten, wurden sie beschossen. Es vielen 2 Tote und viele Verwundete".

Auf den Kriegsschiffen rechneten die Matrosen vielfach aus eigenem Antrieb mit ihren Offizieren ab. Nachdem auf einem Panzerschiff (Jaime I) Offiziere von den Matrosen im Kampf getötet waren, erhielt das Matrosenkommando des Schiffes von der Regierung per Radio die Anweisung: "Die Toten mit allen Ceremonien, die ihrem Range zukommen, über Bord zu setzen." Allen Anschein nach wollte die Volksfrontregierung den Matrosen deutlich machen, dass die Meuterei der Offiziere wohl als Disziplinbruch angesehen wird, aber dass sie trotzdem Offiziere bleiben und, wenn sie sich für die Regierung erklären, ihre Kommandopläetze behalten könnten. - Im Übrigen beschränkte sich das Eingreifen der Regierung auf Demonstrationen.

N.R.C. vom 25. Juli gibt das folgende Regierungskommuniqué wieder: "... des weiteren ist von heute ab verboten, Waffen im Besitz zu haben. für Personen, die im Auto durch die Strassen von Madrid fahren. Schliesslich hat der Minister per Radio einen durch General Barcelo erlassenen Befehl bekannt gegeben, wonach alle Mitglieder der Volksmiliz die sich im Augenblick in Madrid befinden, sich ohne Zögern nach der Moncloa-Kaserne, die hinter dem sogen. Modellgefängnis liegt, begeben müssen".

Am Montag 27. Juli meldet dieselbe Zeitung: "Der Minister des Innern hat Order gegeben, die Mitglieder der Volksmiliz keine Verhaftungen mehr vollziehen dürfen. Sie dürfen von Niemand Parteimitgliedkarten, oder dergleichen Dokumente verlangen. Jeder Bürger muss, wenn er

Wir haben diesem langen Zitat wenig hinzuzufügen. Es wäre zu wünschen, dass alle Arbeiter die Rolle der Volkstribune so gut begriffen, wie dieser geschlossene Bourgeois. Übrigens steht man aus dieser ganzen Auseinandersetzung, wie schwach die Volkstribune unter der Kontrolle der Arbeiter, denn auf den eingeleiteten Lohnlisten war die Unter- schrift ihrer Delegierten erforderlich.

Am 28. Juli erklärten F.A.I. und C.N.T. den Streik für aufgehoben (N.R.C. 31./7.). Dass diese Bedingung des Streiks keine Niederlage für die Arbeiter war hat der weitere Verlauf bewiesen. Die Macht der Arbeiter in den Betrieben war fest genug verankert um weiteren Versuchen der Regierung und Unternehmer, diese Macht zu brechen, Widerstand bieten zu können. Die Arbeiter in den Betrieben... bieten da, wo man die 40 Stunden Woche und 15% Lohnhöhung ohne weiteres akzeptiert und den Willen zeigt, mit Regierung und Arbeitern zusammen zu arbeiten um den Untergang der Betriebe zu vermeiden, alle Hilfe, um durch ihre Syndikate, oder deren Vermittlung bei der Regierung in wirtschaftlichen Fragen Unterstützung bekommen. Die Regierung muss offenbar den Arbeitern mehr Gehör schenken als den Unternehmern. Die Syndikate, als Organisation der Arbeiter, sind dabei die Vermittler der Organisation. Der Verlauf der Dinge ist hier offenbar so, dass die Arbeiter durch ihre Syndikate Druck auf die Regierung ausüben, also nicht umgekehrt, dass die Regierung die Arbeiterorganisationen gebraucht um die Arbeiter ihrem Willen gefügig zu machen.

Es blieb denn auch nicht bei der "Zusammenarbeit zwischen Arbeitern, Unternehmern, Syndikaten und der Regierung". "De Syndikalisten" (Organ Nedl. Synd. Vakverbond) vom 8. Aug. enthält wichtige Mitteilungen über wirtschaftliche Massnahmen, die von der Seite der Arbeiter in Barcelona genommen sind. Aus der revolutionären Miliz wurde ein führendes Komitee gebildet, das sich aus folgenden Vertretern zusammensetzte: 3 der C.N.T., 1 der F.A.I., 3 der U.G.T., 1 der kleinen Pächter, 5 der links republikanischen Partei, und 2 der vereinigten marxistischen Parteien. Dieses Komitee ist die wirkliche politische Regierung von Barcelona; die Regierung Companys hat über die Massnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und den bewaffneten Kampf nichts zu sagen. "Das Miliz Komitee steht an der Spitze von 1800 bewaffneten Arbeitern, wovon 13000 der C.N.T. und F.A.I., 2000 der U.G.T. und 3000 der Volkstribune zugehören. Hinzu kommen noch 4000 bewaffnete Mannschaften der Polizei und Guardia Civil".

Vergleicht man die Zusammensetzung des Komitees mit der Miliz selbst, dann zeigt sich deutlich, dass sie nicht miteinander übereinstimmen. Das beweist, dass das Komitee in Wirklichkeit noch nicht als direkte Vertretung der Arbeiter angesehen werden kann. Es ist vielmehr das Resultat eines Kompromisses zwischen der Führung der verschiedenen Organisationen, die auf "demokratische" Weise ihren Anteil bekommen haben.

In Barcelona wurde in vielen Betrieben nicht gearbeitet. Die Arbeiter haben diese Zeit benutzt um sich völlig zum Herrn der Stadt mit ihrer Umgehung zu machen. Die letzten Herde des faschistischen Widerstandes wurden aufgeräumt, Kirchen zerstört und Expeditionen in die weitere Umgebung unternommen, um hier die Macht der Arbeiter zu festigen. Aber in den lebenswichtigen Betrieben rief die C.N.T. zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Das geschah u.a. im Gütertransport, Landarbeit, Pressedienst, Fischei, Post und allgemeine Lebensmittelversorgung. (N.R.C. 24. Juli)

Am Sonntag 26. Juli meldet N.R.C.: "Die anarchistische Arbeiterunion hat den übrigen Arbeiterparteien ein Programm vorgelegt, das unter anderem eine Arbeitswoche von 36 Stunden mit einer Lohnerhöhung von 10% für Löhne unter 500 Pesata im Monat und Herabsetzung der Wohnungsmieten um 25% enthält. Des weiteren Säuberung der Armee und Erhaltung der roten Miliz und die Verurteilung der Führer des Aufstandes vor einem Kriegsgericht."

Am 28. Juli meldet der Correspondent (N.R.C. 31. Juli): "Die Regierung ruft jeden Tag alle Arbeiter auf um wieder an die Arbeit zu gehen, aber es hört niemand darauf. Solange die Syndikate (Gewerkschaft) uns dazu nicht aufrufen, gehen wir nicht, sagen die Arbeiter, die nicht zu den wenigen Syndikaten gehören, die auf Order ihrer Führer wieder an die Arbeit gegangen sind. Das sind die öffentlichen Transportmittel, Lebensmittelversorgung, ausserdem Gas Licht u.s.w. Der ganze Rest streikt weiter." "... Die Volksfront kann uns so lange sie will auffordern an die Arbeit zu gehen, direkt oder durch die Generalidad, wir folgen nur unseren Syndikaten", antworten mir die Arbeiter. ...

In diesem Kampf der Autoritäten gegen die aufständigen Massen zeigt die Generalidad viel Takt. Ihre Position ist ausserst schwierig. Auch unser Leben hängt an einem Faden, soll eine Persönlichkeit aus der Regierung vor kurzem gesagt haben. Am Freitag abend hat die Presse ein Dekret veröffentlicht, wonach die Generalidad alle Löhne mit 15% erhöht und die Arbeitswoche auf 40 Stunden festsetzt; weiter die Arbeitgeber zwingt, die volle Woche zu bezahlen, auch wenn nicht gearbeitet ist. Dies Letzte war eine verständige Massnahme; auf diese Weise hatten die Arbeiter überall Geld um Lebensmittel zu kaufen und die Unruhe war geringer. Die ersten Bestimmungen sollten dazu dienen, um den Gewerkschaften den Wind aus den Segeln zu nehmen, es ist nur die Frage ob die gewünschte Wirkung erzielt ist. Die Banken sind unter die Kontrolle der Generalidad gestellt. Da wo das Saldo zu gering war um die Löhne zu bezahlen, griff die Generalidad ein. Man durfte am Sonnabend nur die reine Lohnsumme von der Bank holen; eine Erklärung mit Lohnliste und unterzeichnet vom Arbeitgeber und von den Delegierten der Arbeitnehmer, musste vorhanden sein. Gestern und Montag durften die Leute, deren Name beginnt mit A bis F, eine Höchstsumme von 500 pesata von der Bank holen, heute von G-N und morgen die übrigen Buchstaben.

Trotz all dieser Massnahmen und Versprechungen auf sozialem Gebiet folgt die Arbeiterwelt noch nicht der Aufforderung, wieder an die Arbeit zu gehen und gibt auch die Waffen, die in Barcelona grösstenteils überflüssig geworden sind, nicht ab. Für die Ordnung würde die Zivile- und die Sturmpolizei jetzt genügen. Aber eigenartiger Weise sieht man die hier noch anwesenden Regierungstreuen Truppen nicht, die sitzen in den Kasernen; mansieht auch sehr wenig Zivile Garde. Die scheint auch in Reserve zu sein. Daneben fühlt man den latenten Kampf zwischen Anarchisten und Kommunisten einerseits gegenüber der Obrigkeit andererseits."